

Initiative «AHV plus» für höhere Renten

Fortgeschrittener Realitätsverlust



HELMUT STALDER

Zehn Prozent höhere Altersrenten für alle, das verlangt die Initiative «AHV plus», für die der Abstimmungskampf jetzt anläuft. Die Gewerkschaften präsentieren damit eine bestechend einfache Antwort auf die bange Frage um unsere Altersvorsorge, die seit Jahren Bundesrat, Parlament und Bevölkerung umtreibt. Zehn Prozent für alle, das würde etwas ausmachen, 200 Franken pro Monat mehr für einen durchschnittlichen Rentner, 350 pro Monat mehr für ein Rentnerpaar. Für kleinere und mittlere Einkommen wäre das eine spürbare Erleichterung, für alle anderen ein willkommener Zustupf. Das angebliche Heilmittel für das Rentenproblem, das da aus dem Labor der Gewerkschaften kommt, ist jedoch Opium fürs Volk.

Das Problem der Altersvorsorge ist zuallererst die demografische Entwicklung. Das an sich gute Umlagesystem, bei dem die Erwerbstätigen die Renten der Pensionäre finanzieren, gerät in absehbarer Zeit aus dem Gleichgewicht. Die Zahl der Rentnerinnen und Rentner steigt wie in allen Industrienationen stetig, nun kommen die Babyboomer-Jahrgänge ins Rentenalter. Und weil die Lebenserwartung zunimmt, sind die Renten auch noch länger als früher zu finanzieren.

Als die AHV 1948 eingeführt wurde, lag die Lebenserwartung der Männer ab Geburt im Schnitt bei 66,4 Jahren, die der Frauen bei 71 Jahren. Mittlerweile ist sie bei 80 und 85 Jahren angelangt. Damit dehnte sich die Bezugsdauer der Renten aus. 1948 hatte ein 65-Jähriger 12,4 Rentenjahre vor sich, eine 65-Jährige 14 Jahre. 2035 werden es bei den Männern 21,4 und bei den Frauen 24,4 Ruhestandsjahre sein. Bei der Einführung der AHV kamen noch rund sechs Erwerbstätige für einen Rentner auf. 1980 betrug das Ver-

hältnis vier zu eins, und in wenigen Jahren wird es zwei zu eins betragen. Aus dem Lot gerät die Altersvorsorge also, weil das System nicht auf das veränderte Verhältnis von Aktiven und Rentnern reagiert. Bisher konnte es über die Jahre nur deshalb einigermaßen stabilisiert werden, weil viele Arbeitskräfte zuwanderten, weil die steigende Produktivität höhere Löhne und damit mehr AHV-Einnahmen brachte und weil der Beitragssatz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhöht wurde. Zudem erhielt die AHV immer wieder zu-

Eine taugliche und faire Lösung für die Sicherung des Rentensystems ist die Initiative nicht.

sätzliches Geld aus der Tabaksteuer, den Spielbankenerträgen und der Mehrwertsteuer. Und markant wurde das System durch die Erhöhung des Frauenrentenalters entlastet.

Die Sicherung der Renten für die Zukunft kann nur gelingen, wenn auf der einen Seite die Einnahmen und auf der andern Seite die Höhe und Dauer der Renten in Einklang gebracht werden. So unpopulär es klingt, die Lösung heisst: länger arbeiten, länger Beiträge einzahlen, später in Rente gehen – und geringere Renten in Kauf nehmen.

Dieser schlichten Logik verweigert sich die «AHV plus»-Initiative. Die Altersvorsorge steht vor der grössten Herausforderung ihrer Geschichte. Man kann froh sein, wenn es mit der laufenden Rentenreform 2020 gelingt, schon nur das jetzige Rentenniveau zu halten. In dieser Situation einen Rentenausbau zu fordern, zeugt von einer verschobenen Wahrnehmung. Und zu behaupten, die AHV sei «die sicherste Altersvorsorge der Welt und finanziell im Gleichgewicht», grenzt an Realitätsverweigerung. 4,1 Milliarden Franken pro Jahr zusätzlich würden die höheren Renten ab 2018 kosten. Bis 2030 wären es 5,5 Milliarden. Die Finanzierung ist indes offen. Nötig wären Lohnabzüge im Umfang von zusätzlichen 0,42 Prozent oder ein Mehrwertsteuerprozent.

Hinzu kommt, dass die Rentenerhöhung nach dem Giesskannenprinzip Rentnern zugutekäme, die sie nicht brauchen. Insgesamt geht es den Rentnern nämlich finanziell gut. Viele haben Einkommen aus Ersparnissen oder aus anderen Vorsorgeeinrichtungen. Zudem werden Vermögen heute wegen der alternden Gesellschaft oft innerhalb der Rentnergeneration vererbt. Die Armutsproblematik liegt gesamthaft gesehen heute nicht mehr bei der Rentnergeneration, sondern bei den Erwerbstätigen, insbesondere bei Alleinerziehenden und Grossfamilien.

Auch bei Rentnern mit tiefen und mittleren Einkommen, welche die Initiative besonders im Fokus hat, würde sich die Situation nicht zwingend verbessern. Viele Bedürftige erhalten heute Ergänzungsleistungen. Bei einem Grossteil würden sich diese lediglich um den zusätzlichen AHV-Betrag verringern, so dass sie nicht mehr Geld im Portemonnaie hätten. Ein kleiner Teil würde gar den Anspruch auf Ergänzungsleistungen verlieren und finanziell schlechtergestellt.

Die Initiative «AHV plus» ist vor allem ein Druckmittel, um in der laufenden Rentenreform 2020 mehr für die Altersrenten herauszuholen. Aber eine taugliche und faire Lösung für die Sicherung des Rentensystems ist sie nicht.